



Belastung der Wirtschaft durch Meldungen zu amtlichen Statistiken

Auswertung der Erhebungsteilnahmen aus dem statistischen Unternehmensregister



Von Leonie Diel

Unternehmen sind gesetzlich zur Meldung verschiedener Daten an die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder verpflichtet. Die Erfüllung der Vorgaben erzeugt Aufwände neben der eigentlichen unternehmerischen Tätigkeit und verursacht insbesondere für kleine Unternehmen zusätzliche Bürokratiekosten. Amtliche Statistiken sollen daher möglichst

belastungsarm durchgeführt werden, zugleich jedoch aussagekräftige Ergebnisse bereitstellen. Im statistischen Unternehmensregister werden neben Stammdaten auch die Erhebungsteilnahmen von Rechtlichen Einheiten und Niederlassungen¹ dokumentiert. Dieser Beitrag gibt einen Überblick über die Statistikpflichten der Einheiten mit Sitz in Rheinland-Pfalz, Maßnahmen zur Messung der Meldeaufwände sowie Ansatzpunkte zur Reduzierung derselben.

Grundlagen amtlicher Statistiken

Amtliche Statistiken liefern unabhängige, objektive Daten

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder liefern statistische Informationen über den Zustand und die Entwicklung von Gesellschaft, Wirtschaft, Umwelt und öffentlichem Sektor in Deutschland. Amtliche Statistiken werden neutral, objektiv und fachlich unabhängig erstellt. Sie bilden damit eine wichtige Grundlage der Entscheidungsfindung in der Wirtschaft, der Politik, der Verwaltung oder für Bürgerinnen und Bürger.²

¹ Im Unternehmensregister werden die Einheitentypen Unternehmen (nach der EU-Definition), Rechtliche Einheit und Niederlassung unterschieden. Im allgemeinen Sprachgebrauch werden die Begriffe Unternehmen und Rechtliche Einheit oft synonym verwendet.

² §1 BStatG (Bundesstatistikgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2394), das zuletzt durch Artikel 14 des Gesetzes vom 8. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 152) geändert worden ist).

Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz, als Teil des europäischen statistischen Systems, erstellt über 300 Statistiken zu verschiedenen Themenbereichen. Bei rund 80 Prozent davon handelt es sich um sogenannte EU- bzw. Bundesstatistiken. Darunter werden Statistiken verstanden, die aufgrund einer bundesgesetzlichen Regelung durchgeführt werden und/oder der Erfüllung von Berichtspflichten gegenüber der EU dienen.

Die Grundlage bildet das Bundesstatistikgesetz (BStatG) sowie einzelstatistische Gesetze und Rechtsvorschriften. In diesen werden unter anderem der zu erhebende Merkmalsumfang, die zu befragenden Personen oder Institutionen sowie Vorgaben zur Auskunftspflicht, dem Datenschutz und der Geheimhaltung von Einzelangaben festgelegt.



Verhaltenskodex für europäische Statistiken (Code of Practice)

Der Code of Practice ist Teil des gemeinsamen Qualitätsrahmens des Europäischen Statistischen Systems. Er ist ein Instrument der Selbstregulierung, das auf 16 Grundsätzen für das institutionelle Umfeld, die statistischen Prozesse und den statistischen Output beruht. Statistische Stellen, darunter das statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat), die nationalen statistischen Ämter und andere einzelstaatliche Stellen, verpflichten sich zur Einhaltung des Verhaltenskodex.

Grundsatz 9 fordert die **Vermeidung einer übermäßigen Belastung der Auskunftgebenden (Respondenten)**. Indikatoren dafür sind die Begrenzung des Umfangs und der Gliederungstiefe von Statistiken (Indikator 9.1), die gleichmäßige Verteilung des Beantwortungsaufwands auf die Erhebungspopulationen (Indikator 9.2), die Nutzung von Buchhaltungsdaten (Indikator 9.3), administrativen und sonstigen Datenquellen (Indikator 9.4), Datenaustausch und Datenintegration (Indikator 9.5) sowie die Verknüpfung von Datenquellen (Indikator 9.6).³

Dem großen Interesse an objektiven und verlässlichen Zahlen stehen Belastungen durch die amtliche Statistik gegenüber. Sowohl für Bürgerinnen und Bürger als auch Unternehmen stellen statistische Meldepflichten einen Zeit- und/oder Kostenaufwand dar. Die Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben erzeugt Aufwände neben der eigentlichen unternehmerischen Tätigkeit.

Kosten und Belastungen durch Statistiken reduzieren

Aus diesem Grund geben sowohl der Verhaltenskodex für europäische Statistiken (Code of Practice) als auch das Bundesstatistikgesetz

³ Europäische Union: Verhaltenskodex für europäische Statistiken. Für die nationalen statistischen Ämter und Eurostat (statistisches Amt der EU). Luxemburg, 2018, S. 4,15 f.

eine möglichst effiziente und belastungsarme Durchführung amtlicher Statistiken vor. So ist nach §5a BStatG vor der Anordnung oder Änderung einer Bundesstatistik zu prüfen, ob bei Stellen der öffentlichen Verwaltung für die Erstellung bereits qualitativ geeignete Daten vorhanden sind. Ist dies der Fall, so sollen diese Verwaltungsdaten vorrangig für die Statistikerstellung verwendet werden.⁴

Ansatzpunkte zur Reduzierung der Meldeaufwände

Neben der Nutzung vorhandener Verwaltungsdaten⁵ bietet auch die zeitliche und inhaltliche Ausgestaltung der einzelnen Erhebungen Möglichkeiten zur Reduzierung der Belastungen: Viele Statistiken werden monatlich erstellt, wie beispielsweise die für die Konjunkturbeobachtung wichtigen Erhebungen im Verarbeitenden Gewerbe. Andere Befragungen finden vierteljährlich, halbjährlich oder jährlich statt. Große Strukturerhebungen wie der Zensus oder die Landwirtschaftszählung werden im mehrjährigen Turnus durchgeführt.

Auch in Bezug auf den Merkmalsumfang, sowie durch die Nutzung von Stichproben- und Rotationsmodellen lässt sich die Belastung der Auskunftspflichtigen reduzieren.

Zusammengefasst lassen sich folgende Ansatzpunkte zur Ausgestaltung der Statistikproduktion nennen, die unmittelbaren Einfluss auf den verursachten Aufwand für die Berichtspflichtigen nehmen:

- Nutzung vorhandener Verwaltungsdaten,
- Digitalisierung der Meldewege und/oder Datenübermittlung aus Unternehmenssoftware⁶,

Statistik ist nicht gleich Statistik

Aufwand abhängig von konkreter Ausgestaltung

⁴ §5a BStatG (Bundesstatistikgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2394), das zuletzt durch Artikel 14 des Gesetzes vom 8. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 152) geändert worden ist).

⁵ Vgl. Lorenz, R., Opfermann, R.: Verwaltungsdaten in der Unternehmensstatistik. In: Wirtschaft und Statistik, 1/2017, S. 49–66.

⁶ Seit dem Jahr 2005 bietet das Online-Meldeverfahren eSTATISTIK.core die Möglichkeit der automatisierten Datengewinnung und Datenübermittlung an die Statistikämter aus vorhandenen Buchhaltungssystemen.



- Nutzung von Abschneidegrenzen (Meldepflicht ab einer bestimmten Unternehmensgröße),
- Verwendung von Stichprobenmodellen und Rotationen des Berichtskreises (regelmäßiger Austausch der Berichtspflichtigen von Stichprobenerhebungen),
- Einsatz von Mixmodellen, bei denen große Unternehmen in statistischen Erhebungen befragt werden und die Angaben zu kleinen und mittleren Unternehmen aus Verwaltungsdaten gewonnen werden,
- Periodizität der Statistiken (Erhebungszyklus),
- Reduzierung des Merkmalsumfangs (Fragebogen).

Messung der Aufwände für Meldungen zu amtlichen Statistiken

Bürokratiekostenmessung in Deutschland

Welche Bürokratiekosten den Unternehmen durch das Erledigen von Berichtspflichten an die amtliche Statistik entstehen, misst auf Bundesebene das so genannte Belastungsbarometer. Gegenstand des Belastungsbarometers sind alle auf bundesrechtlichen Regelungen beruhenden und mit Auskunftspflicht belegten Erhebungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Das Belastungsbarometer wird seit 2006 einmal jährlich durch das Statistische Bundesamt berechnet und veröffentlicht. Es stellt einen Subindex zum Bürokratiekostenindex (BKI) dar, der die Belastung von Unternehmen durch bürokratische Vorgaben (beispielsweise das Stellen von Anträgen, die Durchführung von Meldungen oder die Erbringung von Nachweisen) misst.⁷ Methodisch basieren die Berechnungen der

⁷ Statistisches Bundesamt: Belastungsbarometer. Gradmesser für die amtlichen Statistikpflichten der Wirtschaft. www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Buerokratiekosten/Erfuellungsaufwand/belastungsbarometer.html [abgerufen am: 19.07.2024]

Bürokratiekosten auf einem Standardkostenmodell.

Nach den aktuellen Ergebnissen des Belastungsbarometers verursachen die folgenden Erhebungen die größten Aufwände für die Wirtschaft:

Belastungsbarometer ermittelt Statistikaufwand

- Außenhandelsstatistik,
- Monatsbericht im Verarbeitenden Gewerbe und Bergbau,
- Strukturstatistik im Handel und Dienstleistungsbereich,
- Produktionserhebung im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

Die Gesamtbelastung der Wirtschaft durch amtliche Statistikpflichten liegt zum Stand 31. Dezember 2023 bei 324 Millionen Euro. Damit sind weniger als ein Prozent der Bürokratiekosten der Unternehmen in Deutschland auf das Ausfüllen einer amtlichen Statistik zurückzuführen.⁸

Statistik verursacht nur einen geringen Anteil aller Bürokratiekosten

Trotz dieser vergleichsweise geringen Belastung durch die amtliche Statistik fordern Unternehmen und Interessenvertretungen im Zusammenhang mit dem Bürokratieabbau häufig insbesondere die Reduzierung von statistischen Meldepflichten. Als eine Ursache der empfundenen hohen Belastung im Vergleich zu anderen administrativen Arbeiten wird der höhere Zeitaufwand bei der Erledigung der statistischen Meldungen gesehen. Die meisten Unternehmen und Betriebe benötigen für die Bearbeitung einer Statistikmeldung zwischen 30 Minuten und zwei Stunden. Andere Informationspflichten gegenüber öffentlichen Stellen erfordern in mehr als der Hälfte der Fälle (55 Prozent) eine Bearbeitungszeit von unter

Statistikaufwand weiter reduzieren

⁸ Schüßler, S., Herold, L., Roller, J.: Datenaktualisierung des Belastungsbarometers: Aktuelle Zahlen zu Bürokratiekosten durch amtliche Statistiken. In: WISTA 1/2024, S. 109–122.



30 Minuten pro Fall. Dadurch wird die Belastung durch amtliche Statistiken subjektiv als hoch empfunden, auch wenn sie im Vergleich zu den gesamten Bürokratiekosten sehr gering ist.⁹

Große Unternehmen in der Regel besser aufgestellt

Bei der realen und der empfundenen Belastung durch statistische Meldepflichten spielt insbesondere auch die Größe der Unternehmen eine Rolle. Kleinste (ein bis neun Beschäftigte) und kleine (zehn bis 49 Beschäftigte) Unternehmen verfügen in der Regel über weniger Ressourcen für verwaltende Tätigkeiten als große Unternehmen, die häufig umfassende und digitalisierte Controllinginstrumente nutzen und damit Daten für statistische Meldungen „per Knopfdruck“ erzeugen können.

Belastung von rheinland-pfälzischen Einheiten durch Statistikpflichten

Auswertung der Erhebungsteilnahmen im Unternehmensregister

Einen Überblick über die Erhebungsteilnahmen von rheinland-pfälzischen Einheiten bietet das statistische Unternehmensregister (URS). Dabei handelt es sich um eine laufend aktualisierte Datenbank der amtlichen Statistik, die unter anderem als Infrastruktur für die Durchführung zahlreicher Unternehmensstatistiken dient. Diese nutzen das Unternehmensregister als Auswahlgrundlage für die Berichtskreise und als Hochrechnungsrahmen bei Stichprobenerhebungen. Die Belastung durch amtliche Statistiken lässt sich anhand der im Unternehmensregister verfügbaren Daten nach der Anzahl der Erhebungsteilnahmen der Rechtlichen Einheiten und Niederlassungen, der Betroffenheit der einzelnen Wirtschaftsabschnitte sowie der Einheitengröße (nach Beschäftigtengrößenklassen) darstellen.

⁹ Statistisches Bundesamt: Belastungsbarometer. Gradmesser für die amtlichen Statistikpflichten der Wirtschaft. www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Buerokratiekosten/Erfuellungsaufwand/belastungsbarometer.html [abgerufen am: 19.07.2024]

Das statistische Unternehmensregister

Das statistische Unternehmensregister (URS) ist eine laufend aktualisierte Datenbank der amtlichen Statistik. Es enthält Informationen zu **Einheiten aus allen Wirtschaftsbereichen** mit Sitz in Deutschland und deren Beziehungen zueinander. Gespeichert werden Angaben zu Hilfsmerkmalen (z. B. Name, Adresse), Ordnungsmerkmalen (z. B. Wirtschaftszweig, Rechtsform) und der Größe der Einheiten (Umsatz, Beschäftigte). Aktuell unterscheidet das statistische Unternehmensregister die **vier Einheitentypen** Niederlassung, Rechtliche Einheit, Unternehmen und Unternehmensgruppe.

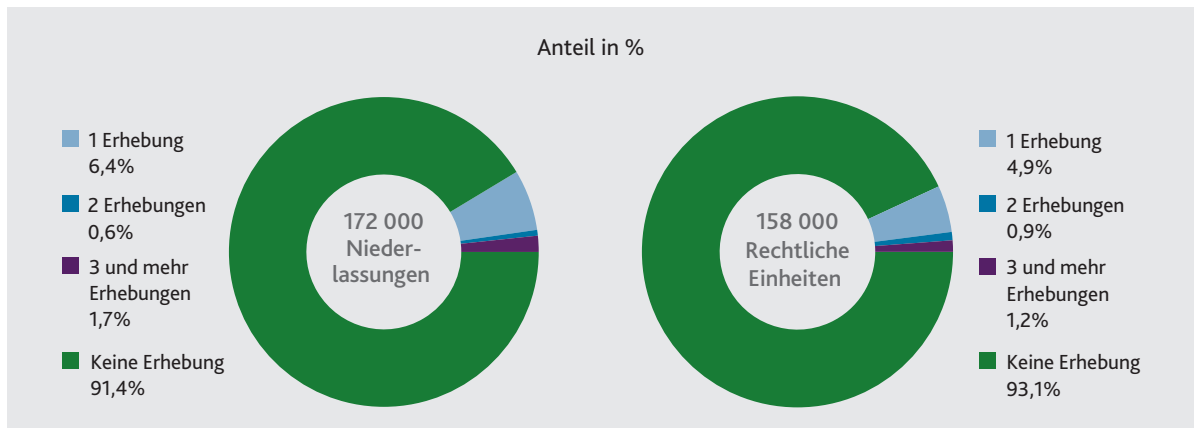
Im Unternehmensregister fließen Daten aus administrativen, statistikinternen sowie externen Quellen nach dem so genannten **Multiquellenkonzept** zusammen. Hierzu gehören z. B.

- die monatlichen Lieferungen der Verwaltungsdaten der Bundesagentur für Arbeit (Beschäftigte) und der Finanzbehörden (steuerbare Umsätze),
- die jährlichen Datenlieferungen der Handwerkskammern und des landwirtschaftlichen Betriebsregisters,
- Aktualisierungsinformationen aus statistischen Erhebungen sowie
- im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung erworbene Daten eines kommerziellen Datenbankanbieters.

Die nationale gesetzliche Grundlage über den Aufbau und die Führung des Unternehmensregisters bildet das Statistikregistergesetz (StatRegG). Der europäische Rahmen für statistische Unternehmensregister wird durch die EU-Verordnung über europäische Unternehmensstatistiken vorgegeben.



G1 Erhebungsteilnahmen von Niederlassungen und Rechtlichen Einheiten in Rheinland-Pfalz 2022



Nur jede zehnte Einheit primärstatistisch befragt

Zum Stichtag 31. Dezember 2022 waren in den auswertungsrelevanten Wirtschaftsabschnitten des Unternehmensregisters¹⁰ rund 172 000 Niederlassungen und rund 158 000 Rechtliche Einheiten mit Sitz in Rheinland-Pfalz erfasst. Der Großteil der Einheiten (91 bzw. 93 Prozent) war im Kalenderjahr 2022 von keiner statistischen Erhebung betroffen. Auskunftspflichtig zu drei oder mehr Erhebungen waren lediglich 1,7 Prozent der Niederlassungen und 1,2 Prozent der Rechtlichen Einheiten.

Wirtschaftsbereiche unterschiedlich stark belastet

Die einzelnen Wirtschaftsbereiche waren dabei in sehr unterschiedlichem Ausmaß von der Durchführung amtlicher Statistiken betroffen. Die meisten Erhebungen fanden im Produzierenden Gewerbe und zwar in den Abschnitten Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen sowie dem Verarbeitenden Gewerbe statt.

¹⁰ Die Wirtschaftsabschnitte „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ (Abschnitt A), „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung“ (Abschnitt O), „Private Haushalte mit Hauspersonal, Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt“ (Abschnitt T) und „Exterritoriale Organisationen und Körperschaften“ (Abschnitt U) der WZ 2008 werden im Unternehmensregister nicht ausgewertet.

So waren im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden rund 65 Prozent der Niederlassungen und rund 32 Prozent der Rechtlichen Einheiten zu mindestens einer amtlichen Statistik auskunftspflichtig. Im Bereich Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen meldeten über 40 Prozent der Niederlassungen und 63 Prozent aller Rechtlichen Einheiten Daten an die Statistikämter. In dem am drittstärksten betroffenen Bereich, dem Verarbeitenden Gewerbe, wurden über 22 Prozent der Niederlassungen und fast 25 Prozent der Rechtlichen Einheiten zu mindestens einer amtlichen Statistik befragt. Auch das Baugewerbe war mit einem Anteil von rund 28 Prozent befragter Betriebe (jedoch nur sechs Prozent der Rechtlichen Einheiten) im Fokus.

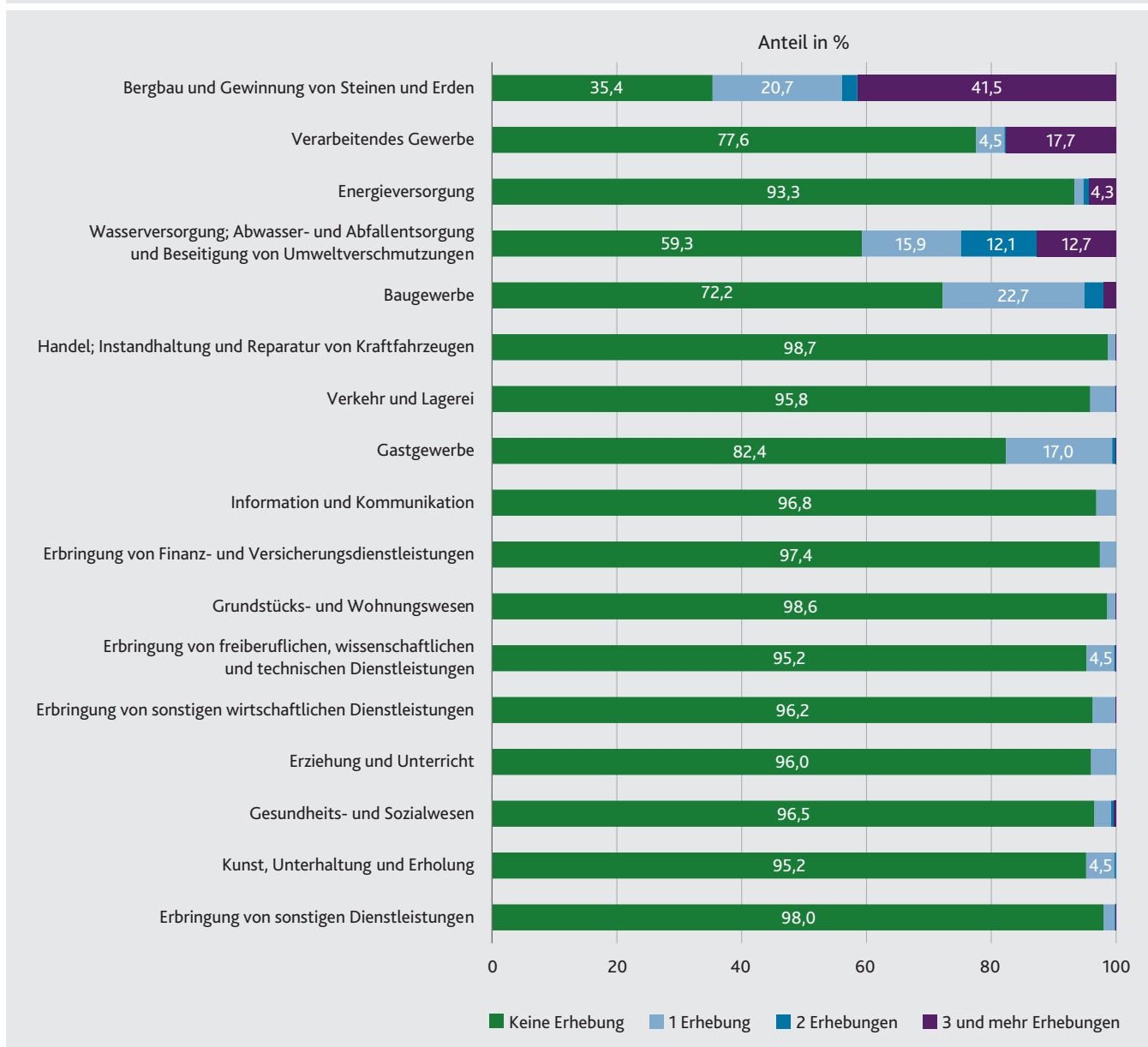
Die meisten Statistiken im Produzierenden Gewerbe

Im Dienstleistungsbereich war die höchste Belastung durch Erhebungsteilnahmen für das Gastgewerbe zu verzeichnen. Hier meldeten rund 18 Prozent der Niederlassungen und rund zehn Prozent der Rechtlichen Einheiten Daten zu statistischen Erhebungen. Am zweitstärksten waren die Bereiche Handel; Instandhaltung und Reparatur

Dienstleistungssektor weniger stark betroffen



G2 Erhebungsteilnahmen von Niederlassungen 2022 nach Wirtschaftsbereichen



Gastgewerbe
am häufigsten
befragt

von Kraftfahrzeugen sowie Verkehr und Lagerei mit einem Anteil von jeweils rund elf Prozent befragter Rechtlicher Einheiten betroffen (Niederlassungen 1,3 bzw. 4,2 Prozent).

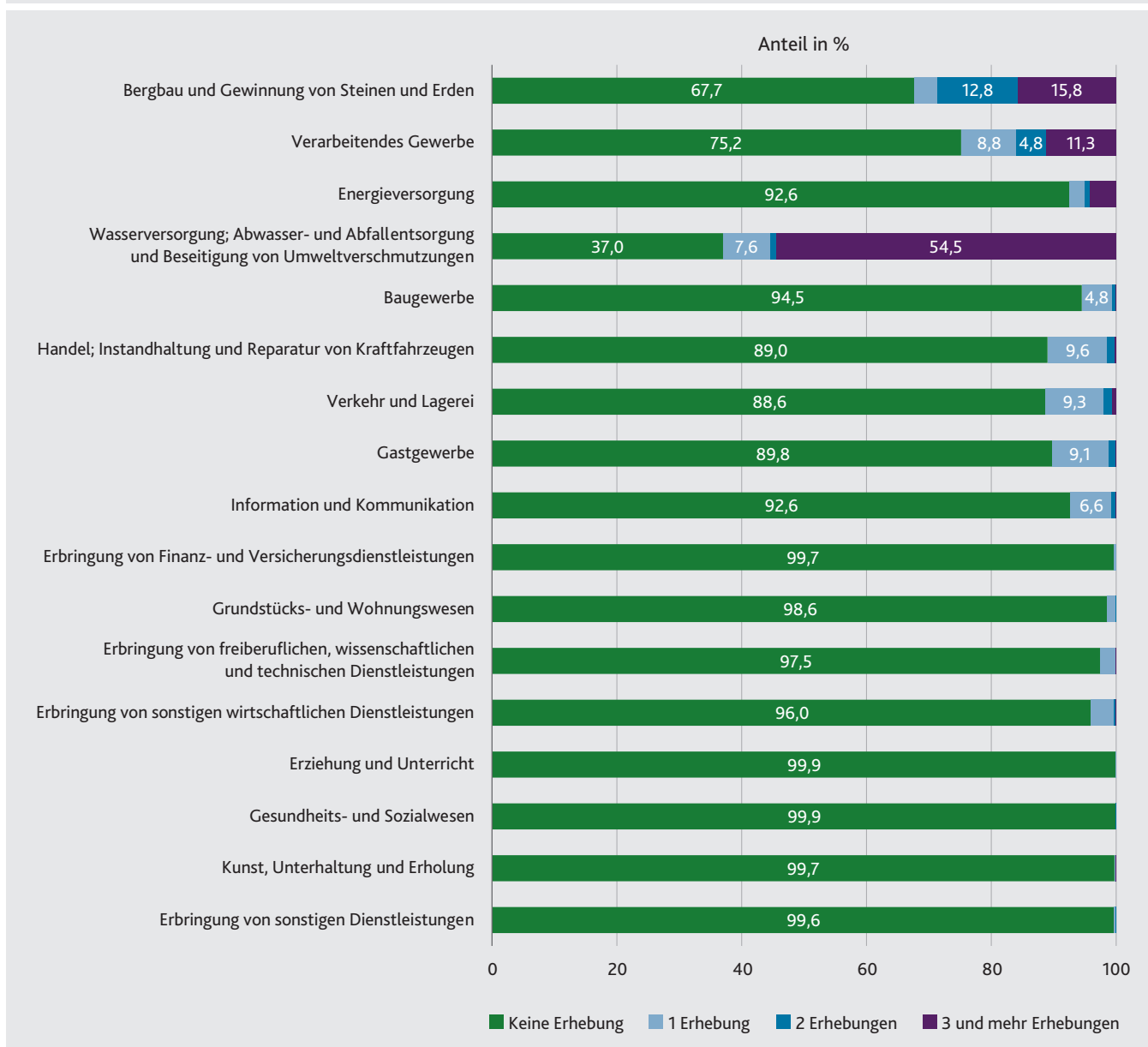
Bei der Betrachtung der Beschäftigtengrößenklassen wird deutlich, dass vor allem mittlere und große Rechtliche Einheiten

und Niederlassungen zu amtlichen Statistiken herangezogen werden. Mit zunehmender Größe steigt die Anzahl der Statistiken, zu denen ein und dieselbe Einheit Auskunft erteilen muss. So nahmen im Jahr 2022 Kleinseinheiten mit unter zehn Beschäftigten in über 95 Prozent (Niederlassungen) bzw. über 97 Prozent (Rechtliche Einheiten) der Fälle an keiner amtlichen Statistik

Kleinseinheiten häufig
ohne Statistikpflichten



G3 Erhebungsteilnahmen von Rechtlichen Einheiten 2022 nach Wirtschaftsbereichen



Mittlere und große Einheiten stärker belastet als kleine

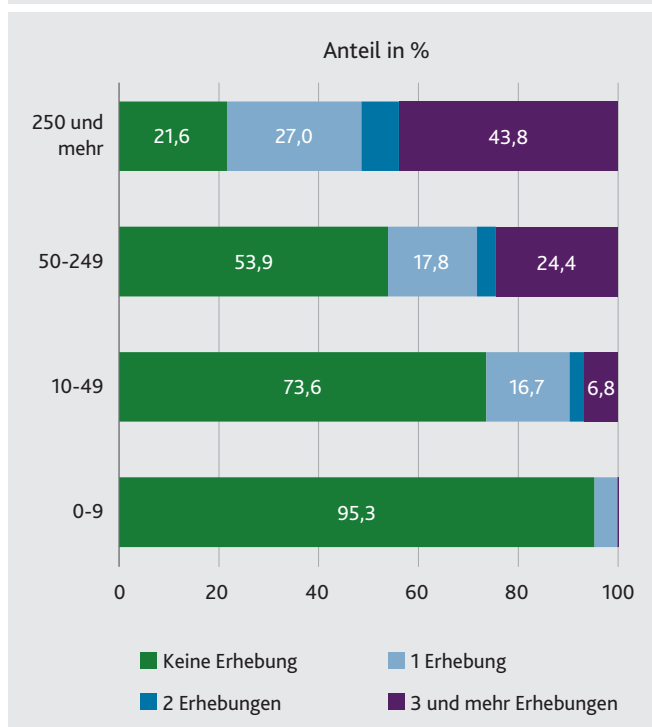
teil. Bei den kleineren Einheiten (zehn bis 49 Beschäftigte) wurden mehr als 70 Prozent zu keiner Erhebung befragt. Bei den mittelgroßen Einheiten (50 bis 249 Beschäftigte) waren im Jahr 2022 noch rund 54 Prozent der Niederlassungen und rund 40 Prozent der Rechtlichen Einheiten mit keiner Statistikpflicht belegt. Für große Einheiten mit mehr als 250 Beschäftigten

galt dies nur für jede fünfte Niederlassung (22 Prozent) und jede dritte Rechtliche Einheit (34 Prozent). Häufig waren diese sogar für mehrere Erhebungen auskunftspflichtig: In der höchsten Beschäftigtengrößenklasse meldeten 44 Prozent der Niederlassungen und 39 Prozent der Rechtlichen Einheiten zu mindestens drei verschiedenen Erhebungen Daten.

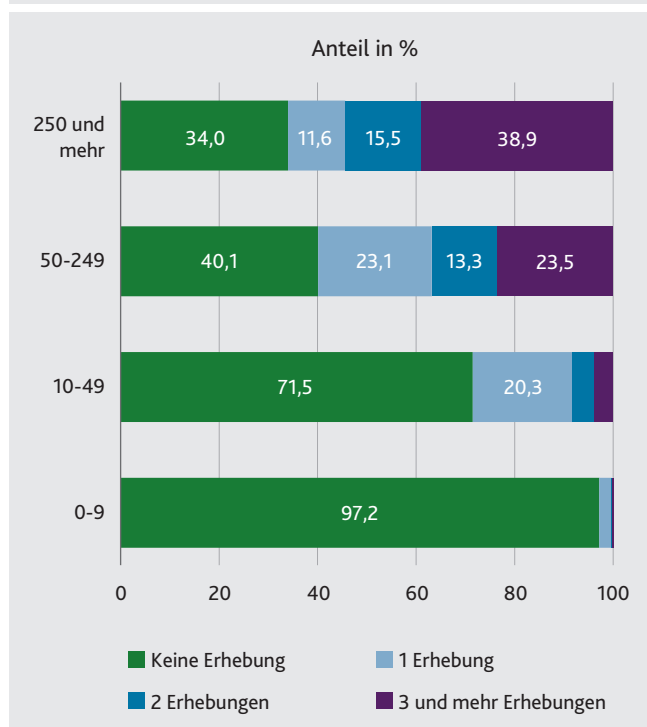
Großunternehmen melden oft zu mehreren Statistiken



G4 Erhebungsteilnahmen von Niederlassungen 2022 nach Beschäftigtengrößenklassen



G5 Erhebungsteilnahmen von Rechtlichen Einheiten 2022 nach Beschäftigtengrößenklassen



Befragte Einheiten im Unternehmensregister

Zur Meldung von Daten an die amtliche Statistik können sowohl Rechtliche Einheiten als auch Niederlassungen herangezogen werden. Die **Auskunftspflicht** ist in den jeweiligen einzelstatistischen Gesetzen geregelt.

Eine **Rechtliche Einheit (RE)** ist die kleinste rechtlich selbstständige Einheit, die aus handels- und/oder steuerrechtlichen Gründen Bücher führt. Eine Rechtliche Einheit ist eine natürliche Person, die wirtschaftlich tätig ist, eine juristische Person oder eine Personenvereinigung. Betrachtet werden also beispielsweise eine Aktiengesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Offene Handelsgesellschaft oder ein Einzelunternehmen.

Hinweis: Ab dem Berichtsjahr 2018 wurde der vorherige Begriff „Unternehmen“ aufgrund der Umsetzung des EU-Unternehmensbegriffs durch die Bezeichnung „Rechtliche Einheit“ ersetzt. Mit der Anwendung der EU-Unternehmensdefinition müssen diese Begriffe

klar voneinander unterschieden werden. Ein **Unternehmen (UN)** entspricht der kleinsten Kombination Rechtlicher Einheiten, die eine organisatorische Einheit zur Erzeugung von Waren und Dienstleistungen bildet und insbesondere in Bezug auf die Verwendung der ihr zufließenden laufenden Mittel über eine gewisse Entscheidungsfreiheit verfügt. Ein Unternehmen übt eine oder mehrere Tätigkeiten an einem oder mehreren Standorten aus. Ein Unternehmen kann einer einzigen Rechtlichen Einheit entsprechen (einfaches Unternehmen) oder aus mehreren Rechtlichen Einheiten bestehen (komplexes Unternehmen).

Eine **Niederlassung (NI)** ist eine örtlich abgegrenzte Einheit, die einer Rechtlichen Einheit zugeordnet ist. Sie ist rechtlich unselbstständig. In den Statistiken des Produzierenden Gewerbes wird der Begriff „Betrieb“ anstelle von „Niederlassung“ verwendet.



Fazit und Ausblick

Statistik weiter
modernisieren

Sowohl die Ergebnisse des Bürokratiekostenindex und des Belastungsbarometers auf Bundesebene als auch die Betrachtung der Erhebungsteilnahmen von rheinland-pfälzischen Einheiten anhand des Unternehmensregisters machen deutlich, dass insbesondere Kleinstunternehmen vor übermäßigen bürokratischen Belastungen durch amtliche Statistiken weitgehend geschützt werden. Amtliche Statistiken müssen immer bedarfsorientiert gestaltet sein: Die Forderung nach weiteren statistischen Daten ist ebenso zu diskutieren wie die Zusammenlegung oder Löschung von Merkmalen oder ganzen Erhebungen. Der Gesetzgeber sowie die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder als ausführende Organe sind gefordert, stetig an einer weiteren Optimierung der Parameter Datenqualität und Erhebungsaufwand zu arbeiten. Die fortlaufende Digitalisierung der Prozesse bietet hierzu wichtige Ansatzpunkte.

Insbesondere die verstärkte Nutzung und Verknüpfung von Verwaltungsdaten wird in den nächsten Jahren weiteres Entlastungspotential für die Wirtschaft bieten. Hierzu wurde vom Statistischen Bundesamt eine

Verwaltungsdaten-Informationsplattform (VIP) aufgebaut. Die öffentlich zugängliche Datenbank bietet einen umfassenden Überblick über die in der deutschen Verwaltung geführten Datenbestände, ist also eine zentrale Aussichtsplattform über die Registerlandschaft Deutschlands.¹¹

Register für
Unternehmensbasis-
daten im
Aufbau

Das derzeit im Statistischen Bundesamt im Aufbau befindliche Unternehmensbasisdatenregister soll Verwaltungsprozesse vereinfachen und vorhandene Register miteinander vernetzen. Durch die Einführung einer bundeseinheitlichen und behördenübergreifenden Identifikationsnummer müssen Unternehmen ihre Stammdaten künftig nur noch einmal gegenüber der Verwaltung angeben („Once-Only“-Prinzip). Angebundene Register werden über Schnittstellen mit neuen oder geänderten Daten automatisiert bedient.

Leonie Diel, Diplom-Volkswirtin, ist Referentin im Referat „Unternehmensregister, Verdienste, Preise“.

¹¹ Statistisches Bundesamt: Verwaltungsdaten-Informationsplattform. www.verwaltungsdaten-informationsplattform.de [abgerufen am: 22.07.2024]